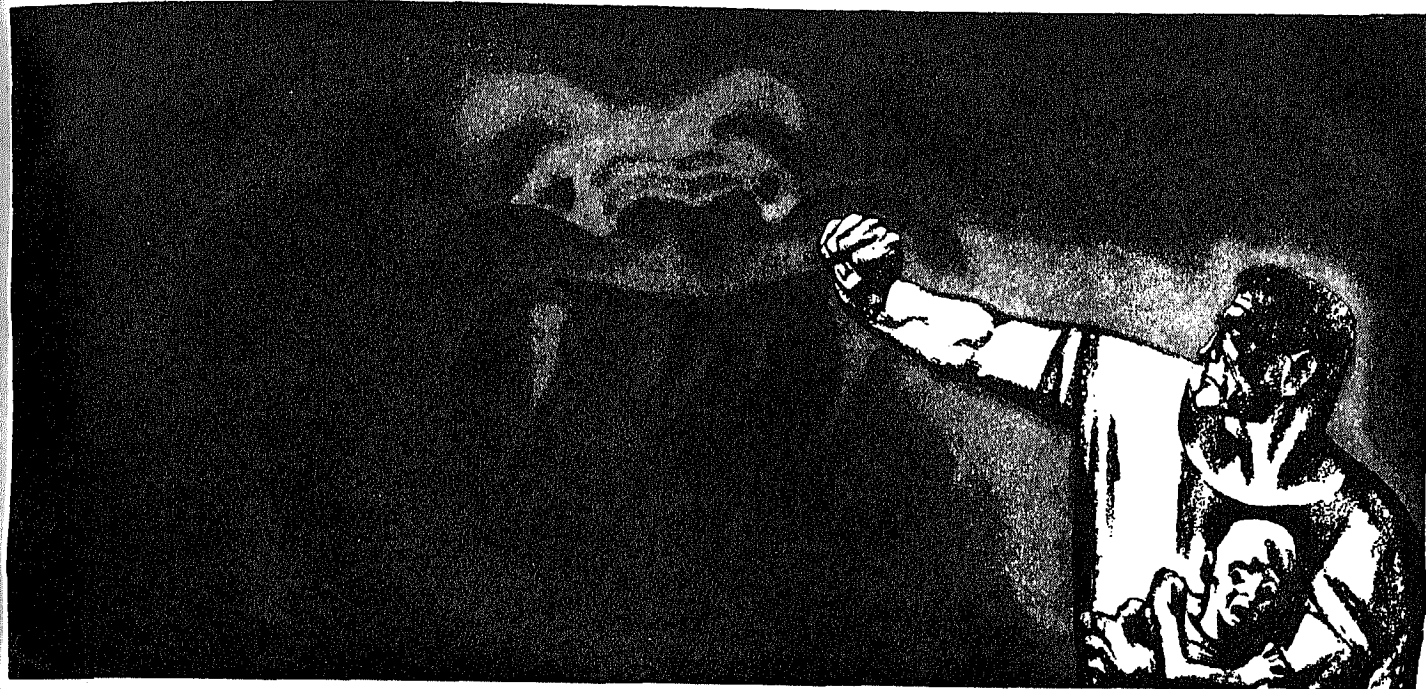
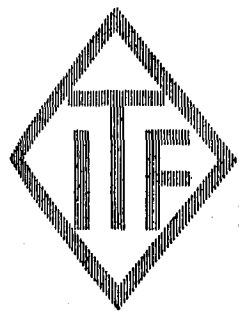




FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.- JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 61, AMSTERDAM, WEST.



No. 3
5. Jahrgang

Amsterdam, den 6. Februar 1937.

Stoss nach Südosten?
=====

(ITF) Mitte Dezember erhielten die Ausbesserungswerkstätten der Deutschen Reichsbahn in den an die

Tschechoslowakei grenzenden Direktionsbezirken Breslau, Halle, Dresden und in dem ebenfalls zum "Ausgleichsbezirk III" gehörenden Bezirk Erfurt die Anweisung, sofort alle zur Reparatur eingelieferten Lokomotiven betriebsfertig zu machen. Die Arbeiter der Reparaturwerkstätten mussten, um den plötzlichen Auftrag bewältigen zu können, 11 Stunden täglich arbeiten. Während die Ausbesserungswerkstätten in den anderen Bezirken so unzureichend mit Rohstoffen beliefert werden, dass die eingelieferten Lokomotiven nicht repariert werden können, wurden den dortigen Reichsbahn-Ausbesserungswerkstätten reichlich Materialien zugewiesen.

Die fertigen Lokomotiven wurden nicht im Direktionsbezirk eingesetzt, sondern "für den Osten" bereitgestellt.

Für die spanischen Arbeiter.
=====

(ITF) Keine Zeitung des Dritten Reichs durfte bisher darüber berichten, dass in zahlreichen deutschen

Betrieben Arbeiter wegen Sammlungen für die spanischen Arbeitermilitären verhaftet, misshandelt und zu jahrelangen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Am 30. Januar aber wurde das Schweigen plötzlich durchbrochen. Die Zeitungen mussten melden, dass ein Arbeiter wegen "Werbung für die Internationale Brigade" zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus verurteilt wurde, der Angeworbene zu 6 Wochen Gefängnis. Die beiden Arbeiter waren beim Versuch, in Kehl die Grenze zu überschreiten, verhaftet worden.

Die Nazidiktatur spürt, dass in den deutschen Betrieben die Sympathiebewegung für die spanischen Arbeiter und gegen die Nazi-hilfe für die Henker Francos wächst, sie versucht deshalb, durch derartige Veröffentlichungen einzuschüchtern.

Portugal muss für Franco hungern. (ITF) In dem bekannten Pariser
 ===== Wochenblatt "Marianne" (vom 13.
 Januar) schildert Pierre La Mazière
 die Eindrücke einer Reise durch Portugal: "Seit den ersten Tagen des
 spanischen Dramas haben sich Oliveira Salazar -- der portugiesische
 Diktator --, seine Minister und seine Anhänger an die Seite der
 (spanischen) Meuterer gestellt. Sie haben allen ihren Taten Beifall
 gezollt. Sie haben sich über ihre Erfolge gefreut und ihre Niederlagen
 betrauert. Sie haben ihnen, so weit sie konnten, auf jede Weise gehol-
 fen..."

Die Portugiesen sind schwächlich -- 1932 (nach 6 Jahren Diktatur,
 Red.) waren bei der Musterung von 870 758 zwanzigjährigen Männern nur
 25 287 tauglich. Diese Schwächlichkeit ist auf die Rassenmischung,
 auf schwere Krankheiten, auf die elenden Wohnungsverhältnisse, auf
 die offenkundige Unterernährung zurückzuführen..."

Pierre La Mazière schildert das Elend im Alfama von Lissabon,
 in "diesem erschreckenden Labyrinth, mit dem verglichen das dunkelste
 polnische Ghetto ein Muster des Komforts ist, und die niedrigen Stadt-
 teile von Porto oder von Coïmbra, die einen noch entmutigerenden Ein-
 druck machen". Er berichtet von den "Fischfrauen, die mit nackten
 Füßen, wie Lasttiere bepackt, schon lange vor Tagesanbruch auf den
 schmutzigen und eiskalten Kais des Hafens im Schmutz herumpatschen",
 von den "fünfjährigen Knirpsen, die ebenfalls barfüßig, zerlumpt
 und mit den Zähnen klappernd durch die vornehmsten Avenuen laufen und
 versuchen, Zeitungen oder Lotterielose zu verkaufen, von "jenen Frauen,
 die für durchschnittlich 1,50 Fr. pro Tag Mineralwasser eines sehr
 gutgehenden Unternehmens in Flaschen füllen", und von "Landarbeitern,
 die in bestimmten Gebieten von morgens bis abends arbeiten, aber nur
 einen Tagelohn von 2,50 Fr. erhalten, zu dem allerdings noch -- welche
 Grosszügigkeit! -- mittags eine Suppe kommt."

Die Not dieser Massen wächst, die Diktatur zwingt sie, für Franco
 zu hungern: "Die Lebenshaltungskosten sind irrsinnig gestiegen, be-
 stimmte Waren bis zu 80%, seitdem gerissene Kaufleute das Land nach
 allem Essbaren absuchen, um es den Truppen Francos zur Verfügung zu
 stellen."

Auf Lastautos gepackt wird diese Verproviantierung über Badajoz,
 Alcantara, Salamanca transportiert, unter den Augen der Bevölkerung
 für die schon der Kopf eines Stockfisches ein Festessen ist".

Beseitigter Kapitalismus? (ITF) Auf e i n e r Seite der in
 ===== Wien unter Zensur legal erscheinenden
 "Arbeiterwoche" lesen wir:

"Mehr als 3 Jahre sind vergangen, seit Dollfuss mit den Worten
 'Die Zeit des kapitalistischen Systems, die Zeit kapitalistisch-libera-
 listischer Wirtschaftsordnung ist vorüber' in seiner Programmrede auf
 dem Trabrennplatz den Aufbau der berufsständisch geordneten Wirtschaft
 einleitete". -

"In einer Verhandlung vor dem Wiener Gewerbegericht brachte der
 Vertreter eines klagenden Arbeiters...brutale Ausbeutermethoden einer
 Klosterneuburger Textilfirma zur Sprache. Das beklagte Unternehmen hat
 seit kurzer Zeit einen neuen Direktor, der ein neues Akkordsystem ein-
 geführt hat, dessen Sätze so niedrig sind, dass die dort beschäftigten
 Arbeiter nicht einmal den niedrig erstellten Mindestlohn erhalten kön-
 nen. Dem Gewerbericht wurden Lohnsäckchen vorgelegt, aus denen hervor-
 geht, dass tüchtige Arbeiterinnen nur auf einen Wochenlohn von 9 - 14
 Schilling kommen. Eine Arbeiterin ging an einem Auszahlungstag gar
 nur mit einem (Wochen-)Lohnbetrag von 1,28 Schilling (etwa 90 schweizer
 Rappen) nach Hause. In dem Betrieb herrscht eine furchtbare Empörung
 und während einer Versammlung der Belegschaft waren Verzweiflungsaus-
 brüche zu verzeichnen... Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebs
 hungern buchstäblich....

Die Verhandlung wurde vertagt".

"In einer (von der faschistischen "Gewerkschaft" in einem Wiener
 Textilunternehmen einberufenen, Red.) Betriebsversammlung haben sich auch
 2 Arbeiterinnen zum Wort gemeldet und die Zustände im Betrieb geschil-
 dert.... Die Arbeits- und Lohnverhältnisse lassen viel zu wünschen
 übrig. Die Arbeiter werden, ehe sie die Urlaubsberechtigung erlangen,
 entlassen und nach einer kürzeren Unterbrechung wieder eingestellt.
 Auch die Entgeltsbestimmungen (die Tarife) werden nicht eingehalten."

Am nächsten Tage wurden beide Arbeiterinnen entlassen. Als ein
 Funktionär der (faschistischen) Gewerkschaft wegen dieser geradezu de-
 monstrativen Entlassungen bei der Firma vorsprach, wurde ihm von der

Leitung des Unternehmens erklärt, dass die Entlassung von Arbeiterinnen die Gewerkschaft nichts angehe....

Das Unternehmen verhält sich, als ob es überhaupt keine Arbeiterschutzgesetze gäbe".

"Die Zeit des kapitalistischen Systems ist vorüber..."! (Arbeiterwoche Nr. 4 vom 23. Januar 1937).

Mord in Österreich!

=====
(ITF) Das (illegale) Organ der österreichischen freigewerkschaftlichen Bau- und Holzarbeiterorganisation berichtet, dass der Bauarbeiter Richard Suchy Mitte Dezember beim "Verhör" von der Polizei der katholischen Diktatur erschlagen wurde. Die Zusammenarbeit der Polizei der katholischen Diktatur Österreichs mit den Folterspezialisten der Geheimen Staatspolizei des Dritten Reiches trägt ihre Früchte.

Gewerbeaufsicht in der Diktatur.

=====
(ITF) Was aus der Gewerbeaufsicht wird, wenn in einer Diktatur die Gewerkschaften zerschlagen und die Unternehmer allmächtig sind, schilderte (am 6. Dezember 1936) auf einer Tagung der Landessekretäre der österreichischen (faschistischen) "Gewerkschaft der Arbeiter im Holzverarbeitenden Gewerbe" der niederösterreichische "Landesleiter" an einem typischen Beispiel: "In Krems wurde ein Unternehmer wegen Überschreitung der 48stündigen Arbeitswoche von der Bezirkshauptmannschaft mit einer Geldstrafe von 48 Schilling bestraft. Darauf intervenierte ein Arbeitgebervertreter bei dem zuständigen Beamten der Bezirkshauptmannschaft und drohte ihm, er werde seine Entlassung durchsetzen, wenn diese Sache nicht zurückgezogen würde. Die Strafe wurde nun von 48 Schilling auf 5 Schilling herabgesetzt und seit dieser Zeit werden von der Bezirkshauptmannschaft keine höheren Strafen mehr verlangt, und diese geringen Strafen werden meistens auch noch durch Einspruch der Unternehmer nachgelassen" ("Der Holzarbeiter im Gewerbe", faschistisch, Januar 1937).

Hungerlohn für Schneider.

=====
(ITF) Der Reichstarif für die Stückmeister im österreichischen Bekleidungsgewerbe wurde von der Gewerbeorganisation, der "Zunft", beseitigt. Jetzt kann jeder Ort seinen Lokaltarif haben. In Graz haben die Konfektionäre den Stückmeistern einen Vertrag aufgezwungen, der, wie "Der neue Aufstieg", das Organ der freigewerkschaftlichen Bekleidungsarbeiter Österreichs (im Januar 1937) berichtet, einen Sakko-Stückbhn von ganzen 5 Schilling (ca. 3,50 schw. Fr.) festlegt. Die Konfektionäre sind sehr stolz darauf, dass sich jetzt keine Fälle von untertariflicher Entlohnung mehr ereignen. Die Schneider verhungern kollektivvertragsmässig.

Gemeinsamer Kampf.

=====
(ITF) In diktatorisch regierten Ländern können Arbeiterorganisationen nur illegal unter sorgfältiger Sicherung vor Polizeispitzeln weiterbestehen. Je besser diese konspirative Abdeckung ist, desto grösser ist die Gefahr, dass sich die einzelnen Organisationen auseinanderleben. Der Bund der freien Gewerkschaften Österreichs hat jetzt eine wichtige Massnahme getroffen, um dieser Gefahr vorzubeugen. Seit dem 1. Januar erscheinen nicht mehr wie bisher die Organe der einzelnen freigewerkschaftlichen Organisationen unabhängig voneinander, sondern als Beilage zum Zentralorgan des Bundes der freien Gewerkschaften Österreichs. Jedes Mitglied der illegalen Gewerkschaften erhält das gemeinsame Blatt "Die Gewerkschaft" mit Artikeln und Berichten, die alle Gewerkschafter interessieren, und dazu das Organ seiner Industriegruppe.

Auch der "Prellbock", das Organ der freigewerkschaftlichen Eisenbahner, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, erscheint nunmehr als Beilage der "Gewerkschaft".

Gipfel der Frechheit.

=====
(ITF) Die nationalsozialistische Politik ist von den Führern der Hitlerpartei auf die charakteristische Formel gebracht worden: "Kanonen statt Butter", Hunger für Kanonen.

Diese Parole, die als "heroisches" Schlagwort den Massen des deutschen Volkes das Darben für die Aufrüstung erleichtern sollte, hat vor allem in England und in den Vereinigten Staaten vielen von der nationalsozialistischen Propaganda Geblendeten die Augen geöffnet. Mit echt nationalsozialistischer Unverschämtheit versuchen daher jetzt führende Nazizeitungen, diese Parole zu verleugnen und als "Greuelmeldung" einer gehässigen Auslandspresse hinzustellen. Die Tageszeitung der Deutschen

Arbeitsfront, "Der Angriff", wirft (am 15. Januar 1937 in Nr. 12) "amtlichen Persönlichkeiten, wie etwa Minister Eden" vor, dass sie sich "verdrehter Schlagworte... bedienen, um ihren Hörern irgendwie das Gruseln beizubringen. Wir meinen hier das Schlagwort "guns or butter", Kanonen oder Butter, das schon vor der Eden-Rede durch alle englischen Zeitungen geisterte". Dieses Schlagwort sei "geradezu ein Schulbeispiel für ein verdrehtes Schlagwort. Es stammt, so weit uns erinnerlich (!), von einem Ausspruch Dr. Leys ab, der viel weniger sabel-rasselnd lautete: 'Arbeit oder Butter'". -

Die Frechheit des Leitartiklers der Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront ist kaum zu überbieten. 3 Monate vorher (am 13. Oktober 1936, Nr. 241) druckt die gleiche Zeitung auf der ersten Seite eine Rede des Ministers Rudolf Hess, des Stellvertretenden des Parteivorsitzenden Hitler, ab und berichtet, Hess habe erklärt: "Auch heute gilt die Parole: 'Kanonen statt Butter'!" Und die Redaktion des "Angriff" setzte über diesen Abschnitt der Rede die zweispaltige Überschrift: "Es gilt noch: Kanonen statt Butter!"

Die Naziredakteure wissen, dass sie der Terrorapparat der Geheimen Staatspolizei davor schützt, von den so frech belogenen Lesern zur Rechenschaft gezogen zu werden. Aber sie rechnen auch damit, dass die von ihnen als Lügner hingestellten Staatsmänner ein dickes Fell besitzen...

Kanonen statt Butter!

(ITF) "Entweder das deutsche Volk bleibt bei dem jetzigen Fettkonsum und erschwert infolge des sich daraus ergebenden übermässigen Devisenbedarfs die Durchführung des grossen Aufbauwerks (der Aufrüstung! Red.), oder das deutsche Volk verzichtet auf einen Teil seines Fettkonsums und trägt damit zur Durchführung des Vierjahresplans bei... Die Versorgung mit Fett wird sich dann (!) glatt abspielen, wenn das deutsche Volk seinen Fettverbrauch freiwillig (!) um etwa 25% einschränkt" (Der deutsche Volkswirt, Nr. 17, vom 22. Januar 1937).

Der Fettverbrauch beträgt in Deutschland je Kopf der Bevölkerung (nach Angabe der Frankfurter Zeitung vom 26. Januar) rund 23 Kilo im Jahr, das sind pro Tag 63 Gramm. Selbstverständlich ist der durchschnittliche Verbrauch der Vermögenden erheblich höher und der der Arbeiterfamilien entsprechend geringer. 1927/28 betrug der durchschnittliche Butterverbrauch (je Kopf und Jahr) in Deutschland 6,86 kg, der Butterverbrauch in den (von der amtlichen Haushaltserhebung erfassten) Arbeiterfamilien aber nur 4,01 kg, also 40% weniger. Wenn jetzt der Fettverbrauch um volle 25%, also auf durchschnittlich 48 Gramm je Kopf und Tag gesenkt werden soll, so wird die Arbeitern zur Verfügung stehende Fettration höchstens 40 Gramm pro Tag betragen. Trotzdem selbst nach der halbamtlichen, in Berlin erscheinenden "Zeitschrift für Volksernährung" (vom 5. März 1936) "die tägliche Fettration... nicht unter 60 Gramm betragen sollte".

Brotknappheit im Dritten Reich. (ITF) "Der Reichsinnungsmeister des (deutschen) Bäckerhandwerks veröffentlicht einen Aufruf, in dem er.... mitteilt, dass ein Verbot, frisches Brot abzugeben, zu erwarten sei....

Die Absicht dürfte sein, einen Mehrverbrauch (von Brot), der sich ausschliesslich durch den geschmacklichen Anreiz der Backfrische erklärt, zu unterbinden" (Frankfurter Zeitung Nr. 35/36 vom 20. Januar).

Unterernährte Rekruten.

(ITF) Das sprunghafte Ansteigen der Preise und der akute Fettmangel hat zu einer allgemeinen Unterernährung der deutschen Arbeiterschaft geführt. Die Armee sieht mit Schrecken, dass sich der Gesundheitszustand des Rekrutennachwuchses stark verschlechtert. Die Unternehmer stellen fest, dass mit der schlechten Ernährung die Arbeitsleistung sinkt. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb die Gewerbeaufsichtsbehörden angewiesen, dafür zu sorgen, dass in den Betrieben die Jugendlichen unter 18 Jahren warme Suppen bekommen. Einige Betriebe seien schon mit gutem Beispiel vorangegangen, "die Volksgesundheit mache aber eine Teilnahme aller Betriebe unbedingt erforderlich" (Frankfurter Zeitung, Nr. 50/51 vom 28. Januar 1937).

Lebendig begraben.

(ITF) 4 Jahre quälen nun schon die deutschen Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern politische Gegner, Gewerkschafter, katholische, evangelische Geistliche und Juden. Gewisse politische Zirkel verbreiteten, dass Hitler am Beginn des 5. Jahres seiner Diktatur eine grosszügige Amnestie verkünden würde. Doch schon am 29. Januar erklärte der

Chef der deutschen Polizei, Himmler: "Für die "Unverbesserlichen" werden wir die Tore der Konzentrationslager nicht wieder öffnen können"! (Kölnische Zeitung, Nr. 53/54 vom 30. Januar 1937). Das bis an die Zähne bewaffnete Dritte Reich fürchtet sich vor waffenlosen Freiheitskämpfern.

Die Schande der Schutzhaft.

(ITF) Unter dem ironisch wirkenden

Titel "Das Recht der Schutzhaft"

erschien soeben in Berlin (im Verlag Stilke) eine offiziöse Darstellung, die die völlige Rechtlosigkeit der Menschen im Dritten Reich aufzeigt. Die "Rechts"-Grundlage der Schutzhaft bildet die "Notverordnung", durch die in der Nacht des von den Nationalsozialisten veranstalteten Reichstagsbrandes (am 28. Februar 1933) die persönliche Freiheit in Deutschland beseitigt wurde. Die Einzelheiten des Schutzhaft-"Rechts" regelte nach 13 Monaten des Durcheinanders ein Erlass des Innenministeriums (vom 12. April 1934), offiziell eine Ausführungsverordnung zum Reichstagsbrandgesetz. Dieser Erlass ist bis heute nicht im Wortlaut veröffentlicht worden und selbst in dem offiziellen Kommentar "ist der Abdruck im Wortlaut nicht möglich" (Seite 13). Das Dritte Reich fürchtet sich, dieses Dokument seines Terrorregimes dem Ausland zugänglich zu machen. In Deutschland weiss deshalb bis heute noch niemand, unter welchen Voraussetzungen Schutzhaft verhängt werden kann.

Ursprünglich war die "Reichstagsbrand"-Verordnung "zur Abwehr kommunistischer staatsgefährlicher Akte" erlassen worden. Sie wurde rasch erweitert. Sie ist, sagt der Kommentar, heute "so zu verstehen, als ob sie das Wort kommunistisch im Sinne einer Einschränkung nicht enthielte" (Seite 14). Schutzhaft kann im Dritten Reich gegen jeden verhängt werden und bei weitem nicht nur zu persönlichem Schutz. "Sie kann sowohl dem persönlichen Schutz des Betreffenden wie der unbeeinflussten Durchführung von (polizeilichen) Erhebungen und einer erzieherischen (!) Beeinflussung im Sinne des nationalen Staates dienen.... Man wird im allgemeinen auch von vornherein nur selten beurteilen können, wie lange die Schutzhaft dauern werde" (Urteil des badischen Arbeitsgerichts Pforzheim vom 22. XII. 1933; Kommentar Seite 93). "Die Vollstreckung der Schutzhaft erfolgt ausschliesslich in staatlichen Gefangenenanstalten oder Konzentrationslagern." (S. 21)

Es gibt keine Rechtsmittel gegen die Inschutzhaftnahme. Der Verhaftete kann keinen ordentlichen Richter anrufen, auch kein Verwaltungsgericht. Es gibt Schutzhäftlinge, die schon über 4 Jahre im Konzentrationslager sitzen, ohne dass ein Gericht sie verurteilte. Oft wissen die Verhafteten nicht, unter welchem Vorwand sie verhaftet wurden. Zwar ist dem Häftling bei der in Inschutzhaftnahme oder spätestens innerhalb 24 Stunden ein unterschriftlich vollzogener Schutzhaftbefehl zu behändigen, der die Gründe für die Verhängung der Schutzhaft enthalten soll" (Seite 21). Um diese Bestimmung pflegt sich die Gestapo jedoch nicht zu kümmern. Und "Schadenersatzklagen von Schutzhäftlingen gegen den Staat (oder seine Beamten) sind... abzuweisen" (Seite 25).

Einen gewissen Schutz vor der Gestapo geniessen nur sozialreaktionäre Unternehmer. "Eine Verhängung von Schutzhaft ist nicht zulässig" erklärt der offiziöse Kommentar; wegen irgendwelcher wirtschaftlicher Massnahmen (Lohnfragen, Entlassung von Arbeitnehmern und so weiter)" (Seite 20). Aber diesen Schutz geniessen nur Unternehmer, die fleissig in die Parteikasse zahlen. Andere Unternehmer können jederzeit zum Beispiel wegen "Sabotage des Vierjahresplans" eingesperrt werden.

Für Arbeiter, Angestellte und Beamte bedeutet Schutzhaft meist Existenzvernichtung. "Ausserordentliche Kündigung wegen verhängter Schutzhaft ist zulässig" (Seite 39). Fristlose Entlassung ist selbst dann erlaubt, wenn die Verhaftung irrtümlich erfolgte und der Verhaftete nach kurzer Zeit wieder entlassen wird. "Darauf, ob der Kläger durch eigenes Verschulden oder durch zulässige oder unzulässige Einwirkung dritter Personen oder Behörden arbeitsunfähig geworden ist, kommt es nicht an; auch ein unverschuldeter, vom menschlichen Standpunkt zu bedauernder Unfall oder Zufall macht den Arbeitnehmer arbeitsunfähig und gibt daher dem Arbeitgeber das Recht, das Arbeitsverhältnis fristlos zur Auflösung zu bringen" erklärte das Landesarbeitsgericht München (am 14. VII. 1933) einem nach kurzer Haft entlassenen Schutzhäftling. Ist ein Verhafteter nach 8 Tagen nicht entlassen, gilt "der durch die Inschutzhaftnahme bewiesene Verdacht als begründet" (Seite 44) und berechtigt den Unternehmer zur fristlosen Entlassung, auch wenn am 9. Tag die Freilassung erfolgt. Der offizielle Kommentar fordert die Unternehmer geradezu dazu auf, mit der fristlosen Entlassung verhafteter Arbeiter und Angestellter nicht länger als eine Woche zu warten.

Die Renten der Sozialversicherung ruhen während der Schutzhaft (Gesetz vom 23. Dezember 1936). Die Familien verhafteter Alters- und Unfallrentner geraten dadurch in grösste Not. (Gesetz vom 23. Dezember 1936). Nur auf dem Gnadenwege kann ihnen ein Teil der Rente zugesprochen werden. Verfügt ein Verhafteter nicht über die Mittel, um während der Haft, nachdem er seine Stelle verlor, die Beiträge zur Sozialversicherung freiwillig weiterzahlen zu lassen, so erlischt der Anspruch der Angehörigen auf Familienfürsorge und auf Sterbegeld. Roh erklärte das Versicherungsamt München (am 11. Nov. 33) der ein Sterbegeld fordernden Witwe eines nach der Behandlung im Konzentrationslager Dachau "inzwischen verstorbenen" Arbeiters: "der G r u n d der Zahlungsunfähigkeit ist in keinem Fall zu beachten. Deshalb ist auch der Einwand bedeutungslos, dass... der Verstorbene durch seine Verhaftung an einer Verdienstmöglichkeit gehindert worden sei. Auch dass die Versagung des Sterbegeldes eine Härte sei, kann nicht gewürdigt werden. Das Nazi-Regime will seine Gegner physisch vernichten. Es jagt aufrechte Arbeiter, Angestellte und Beamte aus der Arbeit, es sperrt sie in die Konzentrationslager und stürzt ihre Frauen und Kinder in die grösste Not. Diese Brutalität, erklärt der offiziöse Kommentar des Grundgesetzes der Gestapo, entspricht "dem Bedürfnis der inneren und äusseren Sicherung des Bestandes der neuerwachsenen nationalsozialistischen Staatsform" (Seite 15), die sich nur durch rücksichtslosen Terror sichern kann.

Akkordköpfen droht!

===== (ITF) Im Dritten Reich wird ein neuer Lohndruck vorbereitet. Den im Akkord Arbeitenden wurde bisher selten ein mehr als 20% über dem Zeitlohnsatz hinausgehender Überverdienst ausgezahlt. Die höheren Akkordverdienste wurden gestrichen. In den kriegswichtigen Betrieben aber werden die Arbeiter jetzt plötzlich ermuntert, das Arbeitstempo zu erhöhen. Ihnen wird versichert, dass der erarbeitete Überverdienst voll ausgezahlt werden wird.

Gewerkschaftlich unerfahrene jüngere Arbeiter lassen sich von diesen besseren Verdienstmöglichkeiten verlocken und arbeiten noch intensiver als bisher. Die gewerkschaftlich geschulten Kollegen warnen und machen darauf aufmerksam, dass wie üblich in kurzer Zeit die Stückzeiten auf Grund der erhöhten Leistungen Neuberechnet werden, dass die ganze Überanstrengung also umsonst ist.

Auch in den Ausbesserungswerkstätten der Deutschen Reichsbahn erklären, wie "Fahrtfrei", das Organ des illegalen "Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands" berichtet, die Dienststellenleiter plötzlich, "dass der Arbeiter so viel an Gedinge (Akkord) mehr verdienen kann, wie er nur zu arbeiten vermag. Tatsächlich werden plötzlich 40 und mehr Prozent glatt verrechnet. Das veranlasst nun Kollegen, wie verrückt zu schuffen. Wir warnen ernstlich vor den Folgen. Nach einiger Zeit wird die Hauptverwaltung neue Stückzeiten festsetzen lassen; das Arbeitstempo wird bleiben, der Überverdienst aber verschwinden. Wir kennen ja die Methode. Die Folge wird eine unverantwortliche Schädigung der "nationalen Arbeitskraft" sein, da es immer weniger zu fressen gibt. Fordert ausreichende Erhöhung der Grundlöhne, ausreichende Ernährung und lehnt jede Steigerung des Arbeitstempos ab!"

Arbeiterinnen -- "frühzeitig verbraucht."

===== (ITF) Seit der Vorkriegszeit (seit dem 8. Dezember 1913) ist es in Deutschland verboten, Arbeiterinnen in den Ziegeleien beim Tragen schwerer Lasten zu beschäftigen. Aber im Dritten Reich stehen Arbeiterinnenschutzgesetze nur auf dem Papier. "Jetzt macht sich, zum grossen Teil hervorgerufen durch die niedrigen Löhne in der Ziegelindustrie, die einen starken Abgang von männlichen Arbeitskräften zu anderen Industriezweigen zur Folge haben, die Tendenz bemerkbar, in verstärktem Masse Frauen für die Arbeit in diesem Industriezweig heranzuziehen. Hieraus ergibt sich, dass die Frauen auch mit Arbeiten beschäftigt werden müssen, die sie niemals leisten können, ohne gesundheitlichen Schaden zu nehmen...."

Nachprüfungen haben ergeben, dass die Frauen durch die schwere Arbeit in den Ziegeleien vielfach unterleibskrank werden und frühzeitig verbraucht sind" ("Der Angriff", Nr. 23 vom 28. Januar 1937).

So schützt der Nationalsozialismus nun schon 4 Jahre die Gesundheit der Frau!

Die Furcht vor Ersatz.

===== (ITF) Seit dem 1. Januar 1937 dürfen in den Läden des Dritten Reiches nur noch Textilien verkauft werden, die mit einer Beimischung von mindestens 20% Ersatzstoffen hergestellt wurden. Das Hämostern von Textilien, das seit September von Woche zu Woche grösseren Umfang annahm, hat daher in den Läden plötzlich aufgehört. Aber, klagt die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront (Angriff Nr. 23 vom 28. Januar), "in manchen Gegenden des Reiches tut sich etwas. Treppauf, treppab laufen die Händler und bieten Stoffe an. Sie weisen auf die Rohstoffknappheit hin, erklären, in Kürze gäbe es keine (überhaupt keine, Red.) reinwollenen Stoffe mehr und deswegen müsse man sich gleich mehrere Anzüge anschaffen. Es sind Stoffhausierer", die bei der Furcht vor dem nationalsozialistischen Ersatzschund gute Zeiten haben.

"Notgemeinschaft".

===== (ITF) Der Diktator für den zweiten Vierjahresplan, Generaloberst Göring, hat durch die Presse mitteilen lassen, dass der Margarineverbrauch unbedingt eingeschränkt werden müsse; für die Einfuhr von Ölen für die Margarine-Industrie seien keine Devisen verfügbar.

Generaloberst Göring aber konnte sich während seiner Italienreise im Januar 1937 auf der Insel Capri eine Villa kaufen. Dafür standen Devisen zur Verfügung.

Geschenke.

===== (ITF) Am 23. Januar gab Dr. Goebbels, der deutsche Propagandaminister, bekannt, dass aus Anlass des vierjährigen Jubiläums der Hitlerdiktatur aus Mitteln der Winterhilfe an die Erwerbslosen Lebensmittelgutscheine im Werte von M. 1.-- und Kohlengutscheine im Werte von M. 1,50 ausgegeben würden.

Am 29. Januar überreichten Vertreter des deutschen Goldschmiedehandwerks, wie das Deutsche Nachrichtenbüro meldete, dem Reichsminister Dr. Goebbels "unter Hinweis auf die Bedeutung" des 30. Januar ein Kunstwerk in Gold als "Ehrengeschenk". Der Wert dieses Ehrengeschenks wurde den Erwerbslosen vorsichtshalber nicht angegeben.

Kampf gegen die Faschisten!

===== (ITF) Die National Union of Journalists, die freie Gewerkschaft der englischen Journalisten, fordert, wie wir dem "Railway Service Journal" (Dezember 1936) entnehmen, ihre Mitglieder erneut zum Kampf gegen die Faschisten auf: "Es zeigt sich immer mehr, dass in den Ländern, die unter faschistischem Regime stehen, Beruf und Lebenshaltung der arbeitenden Journalisten vom Faschismus verschlechtert wird... Zwar ist es richtig, dass sich bis heute bei uns (in England) keine offene faschistische Bedrohung von einiger Bedeutung gezeigt hat, aber... es muss daran erinnert werden, dass die ausgezeichnet organisierte deutsche Journalistenbewegung 1932 ebenfalls jedem ernsthaften faschistischen Erfolg äusserst skeptisch gegenüberstand... Die Union wird sich mit Nachdruck an antifaschistischen Aktionen der Verbände, denen sie angeschlossen ist, beteiligen... Die Ortsgruppen werden ermächtigt, an allen örtlichen antifaschistischen Veranstaltungen teilzunehmen, die sich auf antifaschistische Haltung beschränken und die auf einer unparteiischen oder überparteilichen Basis organisiert sind".

Radio Luxemburg ist gut zu hören.

===== (ITF) Die "Internationale Sozialistische Radio-Information" berichtet: Der Sender Luxemburg ist der Aussen-seiter im Äther. Er benutzt sozusagen widerrechtlich eine durch den Luzerner Wellenplan einem andern Lande zugeteilte Wellenlänge. Anstelle der ihm zugewiesenen Welle um die 200 M herum mit 10 KW, deren Reichweite nicht sehr gross ist, verwendet er weiterhin die Welle 1304 M mit einer Sende-Energie von 200 KW., wodurch Radio Luxemburg natürlich in ganz Europa ausgezeichnet gehört wird.

Die Anti-Faschisten und Gegner des Regimes in Deutschland sind darüber sehr erfreut. In Deutschland kann man Luxemburg auch mit den kleinsten Empfangsapparaten und sogar mit dem von Göbbels eifrig propagierten Volksempfänger, mit dem man nur wenige ausländische Stationen empfangen kann, ausgezeichnet empfangen. Der internationale Nachrichtendienst und die internationale Presserundschau des Senders Luxemburg, die auch in deutscher Sprache ausgesendet werden, haben wohl in Deutschland ihren grössten und eifrigsten Hörerkreis. Diese Aussendungen sind für die Deutschen mit eines der wenigen Mittel, um sich ein einigermaßen richtiges Bild vom Weltgeschehen zu machen.

Anhänger des demokratischen Regimes in allen Ländern sollten diesem Sender danken und ihn unterstützen. Aber Undank ist der Welt Lohn. Das bekommt auch der Sender Luxemburg zu fühlen.

Deutschland hat mächtige Bundesgenossen gegen diesen Sender gefunden. Die "Internationale Radio Union" boykottiert Luxemburg und hat seinen Mitgliedern verboten, die Programme dieses Senders zu publizieren. Jedoch wer kümmert sich heute noch um Verbote. Einige kleine Länder; aber die meisten Radiozeitschriften, darunter nicht wenige "offizielle" bringen die Programme und selbst der Parteiliche deutsche "NS-Funk" macht davon keine Ausnahme. Schliesslich, die Leser sind eifrige Hörer von Radio Luxemburg und verlangen von ihrer Zeitschrift die Wiedergabe der Programme und ... kein Verlag verliert gerne Abonnenten.

Doch das ist nicht der einzige Feind. England, Deutschland und Holland lassen in letzter Zeit durchblicken, dass sie einen diplomatischen Schritt erwägen weil... der Sender Luxemburg Rklameaus-sendungen, ähnlich wie in Amerika, finanziert. Nun versucht man diese Station auf dem Wege des Entzuges der Existenzmittel klein zu bekommen.

Über alle diese Massnahmen scheinen sich nun die in der Mehrheit französischen Aktionäre keine grossen Sorgen zu machen. So liessen sie bekannt machen, dass die Sendungen bereits auf Monate ausverkauft seien und, um den Hörern mehr bieten zu können, aber auch um es den Kunden bequemer zu machen, wird nun in Paris ein Filial-Studio errichtet.

Schliesslich sagen sich die französischen Gesellschafter: "Um internationale Abmachungen zu negieren, muss man nicht gerade Hitler sein".

"Bittere Apfelsinen". (ITF) "Die deutsche Volkswirtschaft, ~~nationalestatistischer~~ Wirtschaftsdienst", klagt (im 3. Januarheft 1937): "Wir haben uns daran gewöhnt, dass die Apfelsine auf dem deutschen Obstmarkte in den Wintermonaten eine grosse Rolle spielt. Deshalb bedeutet es für den deutschen Verbraucher einen merkwürdigen, aber natürlich möglichen Verzicht auf eine liebgewordene Gewohnheit, wenn in diesem Winter Apfelsinen nur in kleinen Mengen hereinkommen. Das ist eine Folge der spanischen Wirren, denn die Häfen, von denen die Apfelsinenausfuhr ausgeht, z. B. Valencia, befinden sich noch im Besitz der Bolschewisten (gemeint ist die verfassungsmässige spanische Regierung, Red.). Sevilla spielt höchstens für den Export bitterer Apfelsinen, die aber in Deutschland weniger beliebt sind, eine Rolle."

Berichtigung: Auf Seite 29 dieser Ausgabe muss es heissen:
87 758 zwanzigjährige Männer".
Auf Seite 24 der Nr. 2 muss in der ersten Zeile das
Wort "Import" gestrichen werden.

Hohn aus München.
=====

(ITF) In der Faschingszeit wird im Dritten Reich vorübergehend die Zensur für Witzblätter etwas gelockert.

Allerdings nur etwas. Die Faschingszeitung der "Münchener Neuesten Nachrichten" gibt ironisch als "nächste Briefadresse" der Redaktion vorsorglich das Konzentrationslager Dachau an: "Sprechzeit: nach Genehmigung durch den Lagerkommandanten" und wagt sich an Hitler, seine Filmschauspielerin Leni Riefenstahl und seinen "Jugendführer" Baldur von Schirach nicht heran. Aber die unterdrückte Wut der Bürger Münchens, der "Hauptstadt der Bewegung" wird auch aus dieser so vorsichtig geschriebenen tonangebenden Faschingszeitung deutlich.

Die ewige Bettelei der Naziorganisationen wird böseartig verspottet: "Wie wir erfahren, meldet das f n b, (das F(aschings)-N(achrichten)-B(üro), "ist an zuständiger Stelle die Abschaffung der Sonntage geplant. Sie sollen für künftig zu Winterhilfs-Werktagen erklärt werden."

"Der Reichstag beschliesst, der Buss- und Betttag war ein Tag der inneren Sammlung; er kann daher nicht mehr als zeitgemäss angesehen werden und ist durch Strassensammlungen zu ersetzen". (Bis zum Jahre 1936 war der Buss- und Betttag in Bayern staatlich anerkannter Feiertag).

Ein "armer, Irrer, der aus Furcht vor Strassensammlungen" scheuen Blicks an den Häusern entlang schlich, sei in die Psychiatrische Klinik eingeliefert worden.

Die Arbeitsfront bekommt ihr Teil. Sie sei, wird bissig erklärt, ein Rummel zur Ablenkung von der Lebensmittelnot. Das Faschings-Nachrichten-Büro melde: "Von zuständiger Seite wird ein Aufruf erlassen, in dem es unter anderm heisst... Dringend ist erwünscht, dass das fehlende Schmalz durch Gaudi ersetzt wird" ("Schmalz durch Gaudi" ist der bayrische Spottname für den Arbeitsfront-Amusementsbetrieb "Kraft durch Freude").

Ein Arbeitsfront-Bonze wird -- ein Hieb gegen die Organisations-spielerei des Dr. Ley -- als "Vertreter der Unterabteilung "Fett durch Ruhe" des Oberamtes "Schmalz durch Gaudi" im Reichsverband "Butter durch Ausrühren" vorgestellt.

Nach Kräften ausgenutzt wird die etwas erweiterte Schimpffreiheit zu Sticheleien gegen bekannte braune Bonzen. Die Hitler-Regierung habe "im Hinblick auf die Sicherung unserer Fetternversorgung (Vetternversorgung) und mit Rücksicht auf die weitgehende Verminderung fetter Posten" einen "Aufruf zu planvoller Wirtschaftsführung" erlassen.

Gehässig wird in Form einer Theateranzeige der lächerliche Konkurrenzkampf zwischen der eitlen Frau Göbbels und der Frau des eitlen Göring als "Der Wettstreit der Königinnen, ein Kammerspiel in ungezählten Auf- und Um-, In- und Aus- und Hin- und Herzügen" karikiert. Der Schauplatz dieses Wettstreits sei eine "Insel bei Berlin (Anspielung auf die feudale Göbbelsvilla), Festpark (Anspielung auf Görings prunkvolle Gartenfeste), Christsaal und grosses Parkett". Der Christsaal ist ein Hieb gegen die ekelhafte Methode der Göring, Göbbels und Konsorten, sich bei -- aus öffentlichen Kassen finanzierten -- Kinderbescherungen als "Kinderfreunde" feiern zu lassen. Ausdrücklich vermerkt dieser "Theaterzettel", dass "viele arme Kinder" in diesem Wettstreit der Aufgeblasenen mitspielen müssen.

Offene Kritik sind "Anzeigen" wie "Frei von Schleim werden wir erst, wenn die massgebenden Stellen auf alle Speichellecker husten", und Glossen wie: "Wem Gott ein Amt gibt, gibt er auch eine Uniform".

Aber die Redaktion warnt für alle Fälle die Faschingsgäste durch "eine Anzeige". Witzbücher, die aus der Schweiz kamen, habe die Polizei, zugleich mit dem Adressaten, "beschlagnahmt". Ein Privatier beteuert, "dass der Witz, den ich am 17. Januar 1879 am Stammtisch... erzählt habe, nicht von mir stammt. Ich kann vielmehr durch Zeugen einwandfrei nachweisen, dass er schon 1546 erzählt wurde", niemand solle ihn wegen dieses Witzes als "Staatsfeind" denunzieren. Auch während des Fasching werden "Wühlmäuschen (Oppositionelle) dauernd gesucht... (Zuschriften unter KZ an die nächste Polizeistation)", ein unbedachter Witz kann den Kopf kosten. Selbst die Narrenfreiheit birgt im Dritten Reich ihre Gefahren.

Und von Aschermittwoch an muss die Schnauze wieder ganz gehalten werden.